

## PRESSEMITTEILUNG

### „ALLES BANANA IN DIESER REPUBLIK ?“

zum

Entscheid des Petitions-Ausschusses vom 12. Juli 2018 und zum Artikel im Südkurier: Windkraftgegner kassieren Niederlage

Nicht der Vorstand von Arten- und Landschaftsschutz Länge-Ettenberg (ALLE e.V.) kassiert die Niederlage.

Sondern die Bürgerinnen und Bürger der betroffenen Orte, das Pflanzen- und Tierreich, das Landschaftsbild, die Regierung, der Petitionsausschuss, die Verwaltung kassieren die tragische und schwerlich reparierbare Niederlage.

Die Gründe:

- 1.) Frau Böhlen begründet den abschlägigen Entscheid damit, dass alle Fragen beantwortet seien. Nur dumm, dass wir bis heute keine einzige Antwort schriftlich erhalten haben.
- 2.) Frau Böhlen schreibt: Hier konnten die Interessen der Bürger und der Sachverstand der Behörden nochmals in die Beurteilung des Falles eingebracht werden.
- 3.) Wir sagen: Der Energie-Wende-Sachverstand, im speziellen derjenige zur Windkraft ist weder in Politik noch Behörden existent. Statt dessen herrscht ein ideologisch motivierter Windwahn-Machbarkeitsglaube, welcher lobby-gesteuert in unsäglichen Gesetzen und Verwaltungsvorschriften zementiert wird.
- 4.) Der Bevölkerung wird pressewirksam weisgemacht, dass Sonne und Wind zusammen mit Smart-Grids, Sektorkopplung, Power-to-Gas, Blockchain und Grossbatterien die jährlich wiederkehrenden Dunkelflauten überbrücken können. Über die Kosten für den Bürger, über system-relevante Kohlekraftwerke und riesige Strom-Export-Überschüsse wird nicht berichtet.
- 5.) Der Wunsch des Ausschusses für eine zukünftig verbindliche UVP mit Öffentlichkeitsbeteiligung wird auf dem Weg nach Berlin spätestens im Büro des Umweltministers Untersteller im Papierkorb landen. Der Minister lobbyiert in Berlin lieber erfolgreich für Spezial-Bedingungen zwecks Förderung der Windkraft im windarmen Süden.
- 6.) Das Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis und das Regierungspräsidium in Freiburg haben bis heute keinen unserer Widersprüche, welche im Frühjahr 2017 eingereicht wurden, beantwortet.
- 7.) Das Landratsamt versteckt "Veröffentlichungen" systematisch in den LRA-Webseiten und nimmt dem Bürger damit die Möglichkeit des Einspruchs gegen die BImSchG-Korrekturen vom 15. Februar 2018 (Solarcomplex) und 27. Juni 2018 (Green-City), welche wegen der Schnellschuss-Genehmigungen vom Dezember 2016 notwendig wurden.
- 8.) Das Landratsamt beschuldigt uns aber im BImSchG-Korrektur-Schreiben vom 27. Juni 2018, dass unsere Widersprüche ausschließlich zum Zwecke der Zeitverzögerung eingelegt worden seien.

Die Liste der selbstverschuldeten Niederlagen durch Regierung und Verwaltung wäre noch zu ergänzen. Wir begnügen uns mit der Feststellung einer der Pioniere in Sachen Energie-Wende-Transparenz aus dem Jahre 2014: „ALLES BANANA IN DIESER REPUBLIK ?“

Blumberg-Hondingen, 16. Juli 2018